

Der Souverän arbeitet! Demokratie beginnt unten

Klaus Dörre, Uni Kassel

Vortrag anlässlich des Jahresauftakts,

DGB Kreisverband Kassel

23. Januar 2026, Bürgersaal im Rathaus Kassel

Liebe Jenny Huschke,

geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst möchte ich mich für die Gelegenheit bedanken, heute zu Ihnen sprechen zu dürfen. Es liegt nun bereits Jahre zurück, als ich schon einmal bei einem Jahresauftakt des DGB in Kassel das Wort ergreifen durfte. Hätte mir damals jemand prophezeit, dass wir uns im 21. Jahrhundert mit einem neuen Autoritarismus, ja einer „Neuerfindung des Faschismus“¹ konfrontiert werden, dass „Kriegstüchtigkeit“ zum Vokabular amtierender Minister gehört und Nachhaltigkeitsziele einem ökologischen und sozialen *Backlash* geopfert werden, hätte ich das nicht geglaubt. Heute müssen wir feststellen: Der Kernbestand liberaler Demokratien – Meinungsfreiheit, Koalitionsrecht, Gewaltenteilung und freie Wahlen – ist weltweit unter Druck geraten. Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht werden – schauen wir etwa auf den Krieg gegen die Ukraine, auf Israel, Gaza und den Nahen Osten, auf den Sudan, Venezuela und den Iran – nicht nur mit Füßen getreten, sondern schlicht für überflüssig erklärt. Dass ein amtierender US-Präsident einem verbündeten NATO-Staat unverhohlen mit

¹ So der Historiker Sven Reichardt im Interview mit Andreu Jerez Rios. „La ultraderecha europea ya no necesita la violencia para llegar al poder“ in: El Diario vom 5. Juni 2025.
https://www.eldiario.es/internacional/sven-reichardt-historiador-fascismo-ultraderecha-europea-no-necesita-violencia-llegar_128_12355133.html.

Landnahme droht und der vorläufige Verzicht auf militärische Gewalt bei der beabsichtigten Kontrolle Grönlands bereits zum Aufatmen bei den politischen Eliten der Europäischen Union führt, steht symbolisch für einen Epochensprung. Wir erleben den Zerfall einer Weltordnung und einen Kampf um die Neuaufteilung der Welt, wie wir ihn aus den Zeiten des Hochimperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts kennen. Das jedoch mit einem entscheidenden Unterschied zum klassischen Imperialismus. Wir befinden uns in einer epochalen Entscheidungssituation, in der globale Gefahren und Herausforderungen wie der Klimawandel nach weltgesellschaftlichen Lösungen verlangen, für deren Realisierung es nur noch begrenzte Zeitbudgets gibt.

Das globale Szenario mit all seinen Unsicherheiten vor Augen, scheint es geradezu verwegen, Chancen für eine Erneuerung der Demokratie von unten, in den Städten und Kommunen, in Betrieben und Büros suchen zu wollen. Doch genau dies möchte ich begründen. Wenn sich die „Zwangsehe von Kapitalismus und Demokratie“ (Wolfgang Streeck) aufzulösen beginnt, genügt es nicht, demokratische Institutionen und Verfahren nur zu verteidigen. Es kommt darauf an, der Demokratie ein neues Fundament zu geben. Dies muss gegenwärtig dort beginnen, wo Demokratie im Alltag gelebt wird – in der betrieblichen Arbeitswelt und auf der kommunalen Ebene. Kassel und die Region Nordhessen bieten einiges, was diese These belegt. In Kassel und seinem Umland verdichten sich auf regionaler Ebene viele Herausforderungen, die mit dem anhaltenden Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft verbunden sind. Schaut man genau hin, finden sich in der Region aber auch zahlreiche Ansätze und Initiativen, die der Demokratie an ihren Wurzeln neues Leben einhauchen. Ich möchte diese Behauptung anhand von drei eher analytischen Bemerkungen und sieben Anregungen begründen, die hoffentlich Diskussionsstoff bieten. Dabei habe ich, das sei vorausgeschickt, auch die diesjährigen Betriebsrats- und Kommunalwahlen vor Augen.

Meine **erste** analytische Bemerkung kreist um den Satz: „Der Souverän arbeitet!“. Dass das Wahlvolk mehrheitlich direkt oder indirekt auf abhängige Erwerbstätigkeit angewiesen ist, mag vielen Anwesenden als selbstverständlich erscheinen. Doch was offensichtlich ist, wird in öffentlichen Debatten häufig völlig ausgeblendet. Daran haben, das gestehe ich ein, die Sozialwissenschaften durchaus einen Anteil. Selten haben sie so falsch gelegen wie mit der Prognose, der Arbeitsgesellschaft gehe die

Arbeit aus, ja das Ende der Arbeitsgesellschaft sei in Sicht. Umso bemerkenswerter ist die Selbstkorrektur Kritischer Theorie Frankfurter Prägung, die der Philosoph Axel Honneth vornimmt. In seinem Buch „Der arbeitende Souverän“ stellt er klar, dass die Qualität der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse darüber entscheidet, ob Menschen überhaupt in der Lage sind, sich als Citoyens, als Bürgerinnen und Bürger aktiv an demokratischen Prozessen und Verfahren zu beteiligen. Honneth nennt fünf Dimensionen, denen Arbeitsverhältnisse entsprechen müssen, um demokratieförderlich zu wirken. Arbeit muss (a) mit wirtschaftlicher Unabhängigkeit, (b) mit arbeitszeitlichen Freiräumen, (c) mit Selbstachtung und Selbstwertgefühl, (d) mit praktischen Erfahrungen zum demokratischen Zusammenwirken sowie (e) mit intellektuell anregenden und herausfordernden Tätigkeiten verbunden sein. Nur wenn das zumindest annähernd der Fall ist, fördert Erwerbsarbeit die Demokratie.²

Das ist ein normativer Anspruch, der in der Gegenwart jedoch nur selten eingelöst wird. Über die Qualität von Arbeit und Beschäftigung entscheiden eben nicht allein die Beschäftigten. Die Kapitalseite – Eigentümer, Wirtschaftsverbände, Geschäftsführungen und Top-Management geben in der Regel den Takt vor, nach dem die Belegschaften zu tanzen haben. Kurzum: Hinter der Qualität von Arbeit und Beschäftigung verbirgt sich eine Machtfrage. In der Regel braucht es eine starke betriebliche Mitbestimmung sowie eine ausgebauten Tarifdemokratie mit konfliktfähigen Betriebsräten und Gewerkschaften, die dafür sorgen, dass Arbeitsverhältnisse sich zumindest ansatzweise dem demokratieförderlichen Ideal annähern.

Einer der wohl am besten organisierten und mitbestimmten Betriebe der Republik, das VW-Werk Kassel Baunatal, bietet Anschauungsunterricht. Auch dort war und ist Beschäftigungssicherheit an ein Produktivitätsversprechen gebunden. Die langfristige Beschäftigungsgarantie, die der Belegschaft im Werke Sicherheit versprach und Loyalität gegenüber dem Unternehmen erzeugte, hatte ihren Preis – das Versprechen, die Produktivität des Werks um 30 Prozent zu steigern. Auch in Baunatal wird in hoch flexiblen Dreischichtsystemen gearbeitet. Arbeitsfreie Zeit ist, zumal aufgrund des Übergangs zu E-Antrieben, für die Arbeiterinnen und Arbeiter am Hallenboden keineswegs frei verfügbare Zeit. Für das Privatleben gibt es wenig Planungssicherheit. Löhne, die wirtschaftliche Unabhängigkeit einigermaßen

² Honneth, Axel (2025): Der arbeitende Souverän. Berlin: Suhrkamp.

sicherstellen, gelten Beschäftigten geradezu als „Schmerzensgeld für verlorene Lebenszeit“. Und nun kommt nach dem Tabubruch im vergangenen Jahr, der einseitigen Aufkündigung der Beschäftigungsgarantie seitens des VW-Vorstandes, die allgemeine Sorge um die Arbeitsplätze hinzu.

Wenn das selbst in einem Werk mit ausgebauter Mitbestimmung und hohem gewerkschaftlichem Organisationsgrad der Fall ist, was gilt dann für jene Sektoren der Arbeitswelt, in denen Gewerkschaften und Betriebsräte schwach sind oder gar nicht vorkommen? Die Antwort führt mich zu einer *zweiten Überlegung*: Die aktuelle Debatte um Arbeitszeitverlängerung, 48-Stunden-Woche, Erhöhung des Renteneintrittsalters etc., die aktuell von Arbeitgeberseite und Teilen der politischen Klasse geführt wird, wirkt demokratiegefährdend. Sie blendet völlig aus, dass wir es in industrieller Produktion, aber gerade auch in vielen Dienstleistungsbereichen mit einer enormen Verdichtung des Arbeitstages zu tun haben. Immer weniger Beschäftigte müssen – etwa in Kliniken, Kitas oder auch im Einzelhandel – immer größere Arbeitsumfänge bewältigen. Das macht krank – körperlich wie psychisch. Zugleich haben wir es mit enorm polarisierten Arbeitszeiten zu tun. Während Beschäftigte mit Spezialwissen häufig und allzu oft ohne adäquate Gegenleistung zu viel arbeiten, würden andere, die in erzwungener Teilzeit oder mit Minijobs ihr Geld verdienen, gerne mehr arbeiten. Hinzu kommt, dass in der aktuellen Debatte vergessen wird, was während der Corona-Pandemie nachweislich geschehen ist. Diejenigen, die im Homeoffice waren, haben überwiegend effizienter gearbeitet; ihre Produktivität ist durchschnittlich um vier Prozent gestiegen.

Die Vorstellung, der zufolge lange Arbeitszeiten Erwerbstätigkeit effizienter und effektiver machen, hat schon zu Zeiten eines Thomas Morus nicht gestimmt:

„Weil die Erwachsenen nur sechs Stunden bei der Arbeit sind, könnte man vielleicht der Meinung sein, es müsse daraus ein Mangel an lebensnotwendigen Arbeitsprodukten entstehen. Weit gefehlt! Im Gegenteil genügt diese Arbeitszeit nicht nur zur Herstellung des nötigen Vorrats an allen Erzeugnissen, die zu den Bedürfnissen oder Annehmlichkeiten des Lebens gehören, sondern es bleibt sogar noch davon übrig“, schreibt er in „Utopia“.³

Das war wohlgernekt eine Vision aus dem Jahr 1516! Arbeitszeitdebatten, die solch basales Wissen ignorieren, übersehen, was flexible Arbeitszeiten, Schichtarbeit und fehlende Zeitsouveränität für das gesellschaftliche Zusammenleben bedeuten. Ich

³ Morus, Thomas (1980 [1516]): Utopia. Stuttgart, S. 71.

verweise in diesem Zusammenhang auf eine kleine Untersuchung, die mein Kollege Michael Lacher⁴ im Kasseler Stadtteil Waldau gemacht hat – jenem Stadtteil mit Menschen aus mehr als 100 Nationen und einem migrantischen Bevölkerungsanteil von 67 Prozent, in welchem eine blau-braune Partei Spitzenergebnisse erzielt (32 Prozent, Bundestagswahl 2025), ohne personell präsent zu sein. Ein wichtiger Grund ist: Viele Bewohner dieses Stadtteils leben, um zu arbeiten. Wenn sie ihre Schicht hinter sich haben, sind sie erschöpft. Ihnen fehlt die Energie für Aktivitäten außerhalb der Familie. Das führt zu Verinselung und mikropolitischer Isolierung. Ein Austausch, der zur Überwindung alltäglicher Ressentiments beitragen könnte, findet kaum statt. Und es fehlt offenbar auch an einem kulturellen Angebot, das einen solchen Austausch fördern würde. Das Beispiel zeigt: Wird nicht gegengesteuert, schwächen belastende Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse die Demokratie auch in ihrer lokalen, sozialräumlichen Dimension.

Das bringt mich zu einer *dritten Überlegung*. In der Gegenwart erleben wir eine Zeitenwende in den Arbeitsbeziehungen. Dem Tarifkonflikt bei VW im letzten Jahr kommt dabei eine symbolische Bedeutung zu. Dass starke Betriebsräte und IG Metall einen Tarifkompromiss akzeptieren müssen, der von Teilen der Belegschaft als Niederlage empfunden wird, sagt etwas über eine Entwicklung in den organisierten Arbeitsbeziehungen aus, wie sie nicht nur bei Volkswagen zu beobachten ist. Das Krisenmanagement in einem Konzern, der wie kein anderer beispielhaft für einen Sozialkapitalismus stand, dessen Akteure wirtschaftlichen Erfolg mit weitreichender Mitbestimmung und Sicherheitsgarantien für die Beschäftigten zu kombinieren wussten, stellt eine arbeitspolitische Zäsur dar. Die alte Formel, der zufolge sozialer Friede als wirtschaftliche Produktivkraft wirkt, ist selbst an der Spitze des Volkswagenkonzerns außer Kraft gesetzt. Wenn Arbeitsbedingungen, Interessen, Lebensentwürfe und mit ihnen das soziale Eigentum, abhängig Beschäftigter – sprich: tarifliche Normen, Mitbestimmung, soziale Sicherungssysteme sowie das Arbeits- und Streikrecht – nur noch als Kostentreiber betrachtet werden, empfinden abhängig Beschäftigte das als „Ehrverlust“.

Bei vielen von uns befragten Beschäftigten herrscht der Eindruck vor, die tagtägliche Arbeitsleistung genieße sowohl im Unternehmen als auch in der Gesellschaft zu

⁴ Lacher, Michael (2025): „Waldau – da lässt es sich gut leben!“ – oder etwa doch nicht? Ein Kasseler Stadtteil im Blick. Kassel.

wenig Wertschätzung. Das Missverhältnis von hoher Arbeitsbelastung einerseits und geringer materieller sowie vor allem ideeller Anerkennung andererseits stößt auf Kritik. Verbreitet ist das Gefühl, die eigenen Lebensrealitäten und Interessen würden in Gesellschaft und Politik nicht ernst genommen. Besonders männliche Produktionsarbeiter fühlen sich unsichtbar gemacht und entehrt. In den medialen und politischen Öffentlichkeiten kommen sie mit ihren Tätigkeiten und Lebensentwürfen kaum vor. Nimmt man von ihnen Notiz, so allenfalls als vom Aussterben bedrohte Spezies oder, aus der Perspektive von Armen oder prekär Beschäftigten, als privilegierte Arbeiteraristokratie. Auf empfundene Abwertung reagiert man mit dem Stolz von Außenseitern. Stolz, so die Soziologin Arlie Hochschild, ist die „emotionale ‚Haut des Selbst‘“. Stolz „signalisiert, wann unsere Identität sicher ist, akzeptiert und bewundert wird und wann wir Gefahr laufen, Zurückweisung zu erfahren“.⁵

Auch bei von uns befragten Lohnabhängigen findet sich das moralische Bindemittel Stolz. Die Beschäftigten wissen, was sie können, und sind stolz auf ihre Fähigkeiten. Empfundener Ehrverlust lässt sich in unterschiedliche politische Orientierungen übersetzen.⁶ Allerdings versteht es die extreme Rechte derzeit besonders gut, die verlorene „Ehre der Arbeit“ für sich zu instrumentalisieren. Ehrverlust eignet sich, um soziale Ungerechtigkeit und Unsicherheit zur Angelegenheit eines Kulturmangels zu machen und Vernunft durch negative Gefühle zu ersetzen. Für solche Vereinnahmung gibt es historische Vorbilder. Auch die Nationalsozialisten nutzten die „gleichermaßen sinnlich-konkrete wie rhetorisch-allgemeine Bekräftigungen der ‚Ehre der Arbeit‘“ für ihre Zwecke. Damals wie heute wird die Hoffnung auf ein gutes Leben mittels Aufwertung „deutscher Hand- und Qualitätsarbeiter“ mit einer eigentümlichen Doppeldeutigkeit verbunden: „Individuelles Durchkommen“ und das Ausnutzen sich bietender Chancen erfordern demnach „fortwährendes Hinnehmen“ äußerer Zwänge und ein möglichst nahtloses Sich-Einfügen in eine diffuse „Betriebsgemeinschaft“, die strukturelle Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit nicht mehr kennt.⁷

⁵ Hochschild, Arlie (2025): Geraubter Stolz. Verlust, Scham und der Aufstieg der Rechten. Hamburg: Hamburger Edition, S. 35.

⁶ Dörre, Klaus (2025): Die Unentbehrlichen: Gewerkschaften gegen den Rechtsruck in der Arbeitswelt. In: Alexander-Neupert-Doppler/Nadja Meisterhans (Hrsg.), Berliner Debatte Initial, Band 36 (2025), Heft 3, Themenschwerpunkt: Strategien gegen den Rechtsruck, S. 313 – 336; sowie: Dörre, Klaus (2026): Perspektivwechsel in der „Faschisierungs“-Debatte. Progressive Arbeiter*innen haben eine bessere Gesellschaft im Blick, erscheint in: Sozialismus Heft 2/26.

⁷ Dörre, Klaus (2025): »Volk« versus Klasse. AfD, Arbeiterschaft und die Gewerkschaften. In: Günter Frankenberg/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Autoritäre Treiber eines Systemwechsels. Zur Destabilisierung von Institutionen durch die AfD. Frankfurt am Main: Campus, S. 213–242.

Damit komme ich zu den versprochenen sieben Anregungen. *Erstens* müssen wir eine alte soziologische Erkenntnis mit neuem Leben füllen. Sie lautet, frei nach Georg Simmel: Streit verbindet⁸. Er ist, so möchte ich hinzufügen, das Lebenselixier der Demokratie. Das gilt auch und gerade für die betriebliche Arbeitswelt und die Kommunen. Der neue Gesamtmetall-Präsident Dr. Udo Dinglraiter erklärt: „Klassenkampf fällt völlig aus der Zeit“, es müsse ein anderes Leitbild gelten. Und zwar: „Wir sind ein Team, lasst uns zusammenarbeiten – dann erreichen wir am meisten“. Solche Sichtweisen blenden indes aus, was in der Arbeitswelt vielfach üblich ist: Der Klassenkampf wird heute bevorzugt von oben geführt. Ich nenne ein Beispiel aus unserer Untersuchung, die wir gegenwärtig im Automobilcluster Südwestsachsen durchführen.

Auch dort gibt es Betriebe, die – wie etwa bei einem Zulieferer im Crimmitschau auf Teamgeist setzen. Führungskräfte und Beschäftigte duzen sich, doch in der Geschäftspolitik gilt, was ein befragter Betriebsratsvorsitzender unmissverständlich so ausdrückt: „Der Profit ist das oberste Unternehmensziel und dafür wird halt gearbeitet, bis die Schwarze kracht am Ende. Die Erfahrung haben hier alle“. Es handelt sich um einen Befragten, der seine beruflichen Stationen wie folgt beschreibt:⁹

„Mein beruflicher Werdegang ist eigentlich so: Ich habe keinen Schulabschluss und war jahrelang auch arbeitslos. Ich habe dann halt irgendwann angefangen als Leiharbeiter zu arbeiten, Gelegenheitsarbeiten. Ich habe in verschiedenen Werken gearbeitet. Zuletzt dann in der Logistik. Ich war auf Montage, habe Helfertätigkeiten gemacht. Hier im Betrieb habe ich dann als Leiharbeitnehmer angefangen. Ein Jahr später haben sie mich fest eingestellt. Und deswegen kenne ich halt wirklich das von unten her. Die Führungskultur, den Umgang mit Leiharbeitnehmern und Festangestellten. Ich kenne das über die Jahre und es war auch die Motivation zu sagen, wir machen Betriebsrat und wir müssen was dagegen machen. Man muss ja auch seine Kämpfe hier um die Mitbestimmung führen. Aber ja, grundsätzlich, das war so der Weg, wo ich gesagt habe, das macht für mich Sinn. Auch Gewerkschaft

⁸ Simmel, Georg (1908): „Der Streit“, in: Ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin: Duncker & Humblot, S. 247–336.

⁹ Nachfolgende Zitate und Befunde stammen aus einer Untersuchung, die seit Winter 2024 läuft. Sie wird in Kooperation mit dem Projektträger ITAS (Marcus Galle, Peter Cremer) durchgeführt. Zu ersten Ergebnissen und den beteiligten Wissenschaftler*innen siehe: Dörre, Klaus/Michaelis, Lennart (2026): »Nichts ist sicher! Beschäftigtenperspektiven auf die Transformation in der Automobilwirtschaft – Untersuchung in einem Zulieferunternehmen in Südwestsachsen«. Broschüre o. O. (Chemnitz/Zwickau). An der noch laufenden Untersuchung (gegenwärtig n = 75) sind zusätzlich Studierende der Lehrforschung „Emanzipation und Transformation“/Uni Kassel beteiligt. Hier präsentierte Auszüge aus den geführten Interviews habe ich sprachlich geglättet und so verfremdet, dass die Befragten anonym bleiben.

macht für mich Sinn, weil wenn es nur noch um Profit geht, das kenne ich schon, wie das Unternehmen dann funktioniert.“

Der Befragte bekommt als freigestellter Betriebsrat den Einstiegslohn von 14,65 Euro brutto. Er verdient also knapp über Mindestlohn. Die Betriebsratsgründung musste heimlich vorbereitet werden. Einen Tarifvertrag gibt es nicht, weil sich die Eigentümerfamilie und die Geschäftsführung widersetzen. Dennoch, oder gerade deshalb erlebt der Befragte seinen Weg zum Betriebsratsvorsitzenden als persönlichen Emanzipations- und Entwicklungsprozess.

Indirekt macht das *zweitens* deutlich, wie wichtig die bevorstehenden Betriebs- und Personalratswahlen sind. Betriebliche Interessenvertretungen sind eine Minimalvoraussetzung, um die entscheidungsverschlossene Arbeitswelt zumindest ansatzweise zu demokratisieren. Wo es engagierte Betriebsräte/innen und Gewerkschafter/innen gibt, trifft die extreme Rechte auf Gegenwind. Es sind authentische Persönlichkeiten, die häufig im persönlichen Gespräch auf Augenhöhe erfolgreich sind, wenn es darum geht, Kolleginnen und Kollegen davon abzuhalten, die AfD als Denkzettel-Partei zu benutzen. Solche Persönlichkeiten gibt es auch in Kassel und Nordhessen – zum Beispiel Orry Mittenmayer, der als NGG-Sekretär überaus erfolgreich im Niedriglohnsektor agiert.

Darüber hinaus gilt *drittens*: Mittbestimmung macht innovativ. Auch dafür steht das VW-Werk in Baunatal. Der sogenannte Kasseler Weg, der Betriebsräte und Belegschaft an strategischen Entscheidungen beteiligt, ermöglichte, dass man im Werk bereits zu einem Zeitpunkt auf E-Antriebe und E-Motoren setzte, als davon im Konzern noch keine Rede war. Das ist der Grund, weshalb das Komponentenwerk heute vergleichsweise gut dasteht und für den Konzern eine Leitfunktion in Sachen Antriebswende innehaltet. Umgekehrt gilt vielfach: Schwache Mitbestimmung und bröckelnde Tarifdemokratie machen Unternehmen innovationsfaul, denn Tarifverträge können nicht mehr als Rationalisierungs- und Innovationspeitsche wirken. Hier ist das eigentliche Hauptproblem des deutschen und europäischen Industriemodells zu verorten: Der Innovationsvorsprung ist verloren gegangen; deshalb werden wieder einmal die Beschäftigten für Schwierigkeiten verantwortlich gemacht, die eigentlich Wirtschafts- und Politikeliten zu verantworten haben.

Nun wird manch eine oder einer im Saal denken, dass die akuten wirtschaftlichen Probleme von struktureller Art sind. Tatsächlich gehen *viertens* in der Bundesrepublik

gegenwärtig täglich Tausende von Industriearbeitsplätzen verloren. Auch Kassel und Nordhessen sind betroffen. Hier drängt sich eine – wie ich meine – Scheinalternative auf, die mit dem Stichwort Aufrüstung verbunden ist. In Sachen Aufrüstung scheint gegenwärtig alles möglich, was für die zivile Marktwirtschaft nicht gelten soll – großzügige Finanzierung um den Preis eines wachsenden Staatsdefizits, langfristige Planung, staatliche Abnahmegarantien und eine bewusste Monopolisierung, die Marktmechanismen verzerrt. Auf eine staatlich geförderte Rüstungsplanwirtschaft trifft jedoch uneingeschränkt zu, was der Philosoph Günther Anders als Charakteristikum dieser Branche benennt. Es handele sich um eine „Doppelindustrie“, die außer den Waffen selbst „immer auch Waffenbedarf und die Chancen für deren Gebrauch“ erzeugt¹⁰.

Nehmen wir als Beispiel den Automobilzulieferer Continental und den Rüstungskonzern Rheinmetall, die eine langfristige Kooperation beschlossen haben. Erklärtes Ziel ist, den Beschäftigten neue Berufsperspektiven zu bieten und zugleich den Arbeitskräftebedarf bei Rheinmetall zu decken. Obwohl tausende neue Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie entstehen sollen, kann von einer nachhaltigen Arbeitsplatzstrategie keine Rede sein. Das zeigte sich unter anderem, als im Juni 2024 infolge möglicher Friedensverhandlungen im Ukraine-Krieg die Aktienkurse der Rüstungsfirmen um sechs Prozent einbrachen und Milliarden Euro an Börsenwert verloren gingen. Arbeitsplatzsicherheit in der waffenliefernden „Doppelindustrie“ gibt es nur, wenn die Nachfrage nach Waffen langfristig gesichert wird. Die effektivste „Konsumsituation“ dieser Waffen ist der Krieg.¹¹

Abgesehen von massenhaftem Tod und dem Leiden der Zivilbevölkerung in militärischen Konflikten sind die Auswirkungen von Aufrüstung auch dann ökologisch verheerend, wenn es nicht zu einer direkten Waffenanwendung kommt. Schätzungen zufolge liegt der CO2-Fußabdruck des gesamten deutschen Militärsektors bei 4,5 Millionen Tonnen Treibhausgas pro Jahr. Das entspricht dem jährlichen CO2-Ausstoß von einer Million Autos. Allein der F-35-Kampfjet emittiert pro Stunde mehr CO2 als ein Durchschnittsdeutscher in einem Jahr verursacht. Werden solche Emissionsquellen nicht ausgeschaltet, gleichen klimapolitische Maßnahmen einem Kampf gegen Windmühlen. Wie einschlägige Forschungen zeigen, lassen sich die

¹⁰ Anders, Günther (1982): Hiroshima ist überall. München: Verlag C.H. Beck, S. 370.

¹¹ Ebd.

Wohlfahrtsverluste infolge des Klimawandels, die mehr als 50 Prozent des BIP betragen könnten, mit denen eines dauerhaften Krieges vergleichen – eines Krieges, dessen Folgen allerdings Ewigkeitscharakter hätten. Das zeigt: Auch staatlich zu verantwortende Fehlallokationen können zukunftszerstörend sein – ein geradezu existenzieller Grund mehr, nicht in Anpassung an das vermeintlich Unabweisbare zu erstarren.¹²

Deshalb sind Kassel und das Umland gut beraten, wenn sie *fünftens* trotz des globalen Backslashes an sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitszielen festhalten und sich weiter bemühen, diese umzusetzen. Dafür gibt es gute Gründe: Schon jetzt sind die Löcher in den öffentlichen Kassen häufig groß. Wenn die Bundesregierung daran festhält, den Rüstungsetat bis zum Ende des Jahrzehnts zu verdreifachen, ist klar, was das für die Haushalte von Städten und Kommunen bedeuten wird – die Finanzierungsengpässe könnten sich, wird nicht gegengesteuert, dramatisch vergrößern. Bedenkt man ferner, dass in zwei Jahren auch der CO2-Preis steigen wird, was sich auf Mieten, Strompreise und Heizkosten auswirken dürfte, kann man sich ausrechnen, dass dies vor allem Menschen in der unteren Einkommenshälfte treffen wird.

Dagegen hilft eine Politik, welche die Democratic Socialists in den USA als Living-Cost-Ansatz bezeichnen. Gemeint ist die Absicherung von Grundbedürfnissen wie Ernährung, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Mobilität. Ansatzpunkte sind etwa Löhne zum Leben und bezahlbare Mieten. Mit einem solchen Ansatz hat Zohran Mamdami in New York die Wahlen gewonnen – gegen die veröffentlichte Meinung und Gegenstimmen aus der eigenen Demokratischen Partei. Davon lässt sich lernen – auch in Kassel und Nordhessen, denn es gibt bei Mieten, Bildung, Pflege- und Sorgearbeiten, Mobilität usw. einiges, was Kommunen in Angriff nehmen können.

Sechstens, so füge ich hinzu, lassen sich mit einem solchen Ansatz noch immer Mehrheiten für Klimaschutz gewinnen. So war in Hamburg ein Bürgerentscheid erfolgreich, der sich für ein zeitliches Vorziehen der Klimaziele ausgesprochen hat. Entscheidend ist, dass es von Beginn an um einen *sozialen* Klimaschutz ging. Die Initiative wurde von einem breiten Bündnis getragen, das von Gewerkschaften bis zu Fridays for Future reichte. Ausschlaggebend waren auch hier Zehntausende

¹² Vgl.: Dörre, Klaus/Liebig, Steffen/Lucht, Kim/Michaelis, Lennart/Sittel, Johanna (Hrsg.): *Umkämpfte Transformation. Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel*. Frankfurt am Main: Campus.

persönlicher Gespräche. Wer mit der Verkäuferin aus dem benachbarten Warenhaus am Infostand diskutiert, begegnet den Gesprächspartnerinnen und -partnern auch beim Einkauf mit größerer Wertschätzung und Offenheit. Daran zeigt sich, was es sowohl für die Kommunalwahl als auch für die Betriebsratswahlen zu beachten gilt: Soziale und ökologische Nachhaltigkeitsziele dürfen keinesfalls gegeneinander ausgespielt werden.

Damit sind wir *siebtens* wieder bei Finanzierungsfragen. Woher soll das Geld kommen, um *living costs* abzusichern und gleichzeitig Klima- und ökologische Nachhaltigkeitsziele zu erreichen? Ohne Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums an die, die ihn mit ihrer Arbeitskraft erzeugt haben, wird es nicht gehen. Geld für Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft ist reichlich vorhanden. Wie die NGO Oxfam dokumentiert hat, ist das Vermögen der Milliardär*innen allein 2025 um 2,5 Billionen US-Dollar gewachsen. Pro Sekunde häufen ein Milliardär bzw. eine Milliardärin durchschnittlich 80.700 US-Dollar an. Der Vermögensanstieg entspricht dem gesamten Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung. In der Bundesrepublik hat die Zahl der Milliardärinnen auf 172 zugenommen; sie angemessen zu besteuern, wäre auch ein Gebot ökologischer Vernunft, denn je größer die Vermögen, desto voluminöser auch der Klima- und ökologische Fußabdruck.¹³

Die Konzepte für „Tax the Rich“ liegen längst auf dem Tisch: Eine Reichensteuer, wie sie der bekannte Ökonom Gabriel Zucman vorgeschlagen hat, bietet ein Beispiel. Eine Mindeststeuer für Milliardäre ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern, so Zucman, auch eine Frage der Demokratie: „Solange man von den Ultrareichen nicht verlangt, alljährlich einen Mindestbeitrag zu den Steuern zu leisten, wird ihr Vermögen – und damit ihre Macht – ständig schneller wachsen als das aller anderen.“¹⁴ Und weiter:

„Die Mindeststeuer wäre sicher eine kleine Innovation in der Organisation der nationalen Solidarität, und es ist verständlich, dass die Betroffenen sich mit allen verfügbaren Mitteln dagegen wehren. Die Einführung der Einkommensteuer erregte seinerzeit ebenfalls den Zorn der Besitzer großer Vermögen. [...] Die weitere Entwicklung ist bekannt: Als Eckpfeiler des modernen Steuerwesens trug [die Einkommensteuer] zur Entwicklung des Sozialstaats, dem Wachstumsmotor der heutigen Wirtschaft, bei. [...] Wie ihre illustre Vorgängerin, die sie lediglich vollendet,

¹³ Oxfam (2026): Resisting The Rule of The Rich. <https://www.oxfam.org/en/research/resisting-rule-rich> .

¹⁴ Zucman, Gabriel (2026): Reichensteuer. Aber richtig. Berlin: Suhrkamp, S. 5.

wird sich auch die Mindeststeuer für Ultrareiche letztlich als das durchsetzen, was sie ist: eine Selbstverständlichkeit.“¹⁵

Eine Reichensteuer, die jährlich einen zweistelligen Milliardenbetrag in die Kassen spülte, würde die Wirtschaft keineswegs schädigen, im Gegenteil: Es würden Voraussetzungen geschaffen, um Kommunen Investitionen in die soziale Infrastruktur und den sozial-ökologischen Umbau zu ermöglichen. Ob solche Konzepte zu praktischer Politik werden, kann nicht allein in Kommunal- und schon gar nicht über Betriebsratswahlen entschieden werden. Dergleichen zum öffentlichen Thema zu machen, Begriffe im vorpolitischen Raum zu setzen, ist jedoch etwas, was unbedingt zu leisten ist.

Damit komme ich zum Schluss. Kassel und die Region haben schon jetzt vieles, was zur Erneuerung der Demokratie dringend benötigt wird. Ich nehme als Beispiel die Universität, an der ich jetzt arbeiten darf. Sie hat ihr Profil an den 17 Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet – aus meiner Sicht eine großartige Idee. In ihr findet exzellente Forschung statt, doch am bundesweiten Exzellenzwettbewerb beteiligt sie sich bisher bewusst nicht. Anstelle dessen wird großer Wert auf die Lehre gelegt. Hier ist ein alter Gedanken lebendig, dem ich selbst meinen Aufstieg durch Bildung verdanke: Viele Studierende kommen aus Familien, in denen zuvor niemand eine akademische Bildung genießen konnte. Das studentische Publikum ist, salopp formuliert, proletarisch-migrantisch geprägt. Das ist eine großartige Sache. Es wäre fatal, würde die Uni ihr Nachhaltigkeitsprofil aufgeben. Sie ist ein Ort, an welchem die Nachhaltigkeitsziele in Lehre und Forschung gewissermaßen von unten mit Leben gefüllt werden. Was für die Uni gilt, kann auch zum Leitbild für Kassel und die ganze Region werden. Selbstverständlich lässt sich nicht alles, was global schief läuft, von unten reparieren. Aber erfolgreiches Gegenhalten ist möglich.

Das bringt mich zu einer letzten Bemerkung. In einer politisch tief gespaltenen Gesellschaft gibt es tatsächlich einiges, was verbindet. Gleich ob links oder rechts, so der überraschende Befund in unseren empirischen Forschungen, alle lieben ihre Heimat. Ein engagierter Gewerkschafter aus Südwest-Sachsen formuliert das so:

„Der Heimatgedanke spielt für uns eine große Rolle. Wir sind im Erzgebirge, da sind wir immer heimatverbunden, wir sind klassische „Heimscheißer“, wie man bei uns sagt, wir gehen eher notgedrungen weg und wir erleben auch, dass man, wenn man älter wird, auch gern wieder in seine Heimat zurückgeht.“ (Experte 1)

¹⁵ Ebd., S. 56.

Was für das Erzgebirge gilt, trifft auch auf Nordhessen zu. Ich gestehe ein: Wenn man bei uns zum Ende von Familienfeiern „Mein Waldeck lebe hoch!“ anstimmte, überkam mich früher ein Frösteln. Heute sehe ich das entspannter. Waldecker sind zwar ein kleines wildes Bergvolk, aber sie fallen nicht mit Flugzeugen, Panzern und Raketen in fremde Länder ein. Hinter der Heimatliebe verbirgt sich oft die Sehnsucht nach authentischen, nicht entfremdeten Sozialbeziehungen. Deshalb sollten wir den Heimatbegriff nicht der extremen Rechten überlassen, sondern bedenken, was Kurt Tucholsky schon in den Jahren der Weimarer Republik so formulierte:

„Ja, wir lieben dieses Land. Und nun will ich euch mal etwas sagen: Es ist ja nicht wahr, dass jene, die sich ‚national‘ nennen und nichts sind als bürgerlich-militaristisch, dieses Land und seine Sprache für sich gepachtet haben [...] Die reißen den Mund auf und rufen: ‚Im Namen Deutschlands [...]!‘ Sie rufen: ‚Wir lieben dieses Land, nur wir lieben es.‘ Es ist nicht wahr. Im Patriotismus lassen wir uns von jedem übertreffen – wir fühlen international. In der Heimatliebe von niemand – nicht einmal von jenen, auf deren Namen das Land grundbuchlich eingetragen ist. Unser ist es.“¹⁶

Mit Ernst Bloch lässt sich hinzufügen:

„Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfaßt und das seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in der Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.“¹⁷

Ernst Bloch hat recht. Heimat ist ein Sehnsuchtsort, den es noch nicht gibt. Wir können aber daran arbeiten, ihm näher zu kommen. Demokratisches Voten und demokratisches Engagement bei den bevorstehenden Betriebsrats- und Kommunalwahlen sind dafür ein kleiner, aber doch unentbehrlicher Schritt.

Vielen Dank!

¹⁶ Tucholsky, Kurt (1929): Deutschland, Deutschland über alles. Ein Bilderbuch von Kurt Tucholsky und vielen Fotografen (Erstausgabe). Montiert von John Heartfield. Berlin: Universum Bücherei für alle.

¹⁷ Bloch, Ernst (1985): Das Prinzip Hoffnung. Kapitel 43-55. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 1628.